

NIE WIEDER KRIEG! IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN STATT AUFRÜSTEN!

Für uns Gewerkschaften ist der Antikriegstag 2020 ein besonderer Tag der Mahnung und des Erinnerns. Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas und der Welt vom Faschismus jähren sich zum 75. Mal. Mit seinem Überfall auf Polen riss Nazi-Deutschland 1939 die Welt in den Abgrund eines bestialischen Krieges, der unermessliches Leid über die Menschen brachte und 60 Millionen Tote forderte. 75 Jahre nach Kriegsende liegt es an uns, die Erinnerung an diese zahllosen Toten wachzuhalten und der Millionen von Holocaust-Opfern zu gedenken, die von den Nazis ermordet wurden. Und wir müssen die Erinnerung daran wachhalten, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! So lautet unumstößlich die Lehre, die wir Gewerkschaften aus der Geschichte gezogen haben – und für die wir uns heute wieder mit all unserer Kraft stark machen müssen.

Wir erleben derzeit den internationalen Abgesang auf eine Politik der Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit und auf eine neue multilaterale Weltordnung, die wir nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erhofft hatten. Stattdessen leben wir in einer Welt, die immer stärker aus den Fugen gerät. Nationalismus und Militarismus greifen wieder um sich und setzen eine neue Spirale der Aufrüstung in Gang. 75 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 erreicht der nukleare Rüstungswettlauf ungeahnte Ausmaße. Alle neun Atom-mächte stecken Unsummen in die Modernisierung ihrer Nukleararsenale und Anfang des nächsten Jahres könnte mit dem russisch-amerikanischen „New Start“-Vertrag das letzte verbliebene Rüstungskontrollregime für Atomwaffen auslaufen. Auch deshalb ist es nicht hinnehmbar, dass die deutsche Bundesregierung sich weiterhin weigert, den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen.

Welche Dimensionen das Wettrüsten inzwischen erreicht hat, zeigen die aktuellen Zahlen. Die globalen Rüstungsausgaben belaufen sich inzwischen auf 2 Billionen US-Dollar. Die deutsche Bundesregierung spielt dabei eine unrühmliche Vorreiterrolle. Deutschland ist nicht nur viertgrößter Rüstungsexporteur weltweit, sondern ist bei den Ländern

mit den meisten Rüstungsausgaben auf den siebten Platz vorgerückt. Wenn die Bundesregierung die NATO-Zielvorgabe erfüllen würde, zwei Prozent des deutschen BIP für Verteidigung auszugeben, so könnte dies eine weitere Erhöhung des Wehretats um mehr als 20 Milliarden Euro bedeuten.

Die Corona-Krise führt drastisch vor Augen, wie verantwortungslos diese Geldverschwendung ist. Besonders deutlich zeigt sich dies im Globalen Süden. So sind etwa in vielen Ländern Lateinamerikas große Bevölkerungsteile schutzlos dem Virus ausgesetzt, weil es an einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung fehlt und die dortige Zwei-Klassen-Medizin Angehörige der Ober- und Mittelschicht privilegiert. Gleichzeitig sind die Rüstungsausgaben in der Region in jüngster Zeit stark angestiegen – Geld, das für den dringend nötigen Ausbau der Gesundheits- und Sozialsysteme fehlt. Aber auch im Falle Deutschlands legt die Corona-Krise schonungslos offen, wie gravierend die Fehlverteilung öffentlicher Mittel ist. Im Bundeshaushalt 2020 waren ursprünglich 12 Prozent der Ausgaben für den Verteidigungsetat vorgesehen, während nur ein Drittel davon in das Gesundheitssystem fließen sollte.

Es ist höchste Zeit, das Ruder herumzureißen! Die Pandemie, der Klimawandel, die Digitalisierung – all diese gewaltigen Herausforderungen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und vergrößern die soziale Ungleichheit. Wir müssen gegensteuern! Dafür sind neben einem starken und solide finanzierten Sozialstaat immense öffentliche Investitionen nötig – in Gesundheit und Pflege, in unser Bildungssystem, in eine sozial-ökologische Gestaltung der Energie- und Verkehrswende, in die kommunale und digitale Infrastruktur und in den sozialen Wohnungsbau. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich endgültig von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO zu lösen und die für Rüstungsausgaben vorgesehenen Mittel in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu investieren.

Um dieser Forderung politischen Nachdruck zu verleihen, ruft der DGB als Partner der Friedensinitiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ (<https://abruesten.jetzt>) öffentlich dazu auf, sich am diesjährigen Antikriegstag mit zahlreichen Aktionen zu beteiligen.



DGB

ANTIKRIEGSTAG

2020

NIE
WIEDER
KRIEG. NIE
WIEDER
FASCHISMUS!

Mahnveranstaltung mit anschließender Kranzniederlegung

am Wilhelm-Krökel-Platz

(Werftstraße – Höhe Börsenstraße)

am 1. September 2020
um 18:30 Uhr

Die diesjährigen Reden halten:

Pastor Frank Moritz

Banter Kirche Wilhelmshaven

Jana-Marie Klein

Jugendparlament Wilhelmshaven

Übergabe Aktion „Rote Hände“
an Oberbürgermeister C. Feist



„Kinder sind keine Soldaten!“

Weltweit werden über 250.000 Mädchen und Jungen in bewaffneten Konflikten als Soldaten in den Kampf geschickt. Aktuelle Beispiele sind Afghanistan, Tschad, Kolumbien, Indien, Irak, Myanmar (Burma), Pakistan, Philippinen, Somalia, Syrien, Thailand und Jemen. Am 12. Februar 2002 trat deshalb das UN-Fakultativprotokoll in Kraft, das die zwangsweise Rekrutierung und den Einsatz von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ächtet und das inzwischen von mehr als 165 Regierungen anerkannt wurde.

Trotzdem werden viele Kinder von bewaffneten Gruppen und Regierungsarmeen zwangsrekrutiert. Während viele Kindersoldaten zwischen 15 und 18 Jahre alt sind, werden auch bereits 7-Jährige eingezogen. Andere Kinder wachsen in Kriegszonen auf und haben daher wenige Überlebenschancen, wenn sie sich nicht »freiwillig« einer bewaffneten Gruppe anschließen. Das Leben junger Soldaten ist voller Gefahren und geprägt durch harte Arbeit. Viele Kinder sterben, andere überleben als Behinderte, Blinde oder für den Traumatisierte. Schätzungsweise ein Drittel der Kindersoldaten sind Mädchen. Sie sind zusätzlich sexueller Gewalt ausgeliefert. Der Einsatz von Kindersoldaten ist eine der schlimmsten Formen von Kinderarbeit.

Mit der „**Rote Hand Aktion**“ wollen die Plan-Aktionsgruppe Wilhelmshaven/Friesland und der Jugendtreff Haven84 die Kinderrechte in den Vordergrund rücken und darüber informieren, dass nicht jedes Kind seine Rechte wahrnehmen kann. Es reicht nicht aus, Gesetze zu verabschieden, um Kinder zu schützen. Auf die Umsetzung kommt es an. Mit der **roten Hand** als Symbol ehemaliger Kindersoldaten sagen wir „Nein!“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von **Kindersoldaten**. Damit setzen wir ein deutliches Zeichen gegen diesen Missbrauch von Mädchen und Jungen. Politikerinnen und Politiker in Deutschland, aber auch international, müssen sich mehr für den Schutz von Kindern und Jugendlichen einsetzen!

Die in Wilhelmshaven gesammelten **„Roten Hände“** machen darauf aufmerksam, dass weltweit immer noch Kinder in Bürgerkriegen als Soldateninnen und Soldaten eingesetzt werden.



Krähenbush, das Café International Nord.

Seit Februar 2019 haben Vereine, Organisationen, Institutionen und Privatpersonen über 700 Rote Hände im Haven84 abgegeben. Unter anderem: die Franziskus-schule, das Cäcilien-gymnasium, die Kirchengemeinde St. Willehad, das Familienzentrum West, der ESV Wilhelmshaven, die GPS Schule an der Deichbrücke, das Jugendparlament, Streetwork WHV, die Grundschule St. Martin, die Freizeittätte

Gemeinsam mit dem Deutschen Bündnis Kindersoldaten fordern wir von der Politik in Deutschland und international:

- 1. Kein Kind unter 18 Jahren darf in Armeen oder anderen militärischen Verbänden eingesetzt oder geschult werden.**
- 2. Bestrafung der Verantwortlichen**
- 3. Versorgung, Schutz und Hilfe für geflohene Kindersoldaten**
- 4. Gewährung von politischem Asyl und Unterstützung für ehemalige Kindersoldaten**
- 5. Stopp von Waffen- und Rüstungsexporten**
- 6. Mehr Geld für Kindersoldaten-Hilfsprogramme**
- 7. Stopp der Rekrutierung 17-jähriger Minderjähriger in die Bundeswehr**
- 8. Stopp von Werbung der Bundeswehr, die sich gezielt an Minderjährige richtet**
- 9. Friedenerziehung in Lehrplänen und der Lehrerfortbildung**

(Ausführliche Informationen finden Sie unter www.kindersoldaten.info)

Die Übergabe der über 700 Roten Hände an den Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven ist nicht nur ein Zeichen für den Frieden, sondern auch die Aufforderung, sich für die Forderungen einzusetzen.

Eine Aktion der Plan-Aktionsgruppe Wilhelmshaven/Friesland in Zusammenarbeit mit dem Jugendtreff Haven84.